

Danziger Zeitung.

№ 17431.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 2, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die ersten 5 Zeilen 10 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 13. Dezember. (W. I.) Der „Hamburger Correspondent“ wendet sich gegen deutschfeindliche Artikel russischer Blätter und constatirt, Oesterreichs Orientspolitik beruhe auf directen Abmachungen Oesterreichs und Rußlands und Verhandlungen vom Juli 1876 bis Januar 1877, während das deutsch-österreichische Bündniß erst nachher entstand und in Folge russischer Bedrohungen zum Abschluß kam. Durch die fortgesetzte russische Provocation würde die deutsche, auf eine harte Probe gestellte Geduld endlich reifen und man würde im Interesse der historischen Wahrheit die bekannten, vor dem russisch-türkischen Kriege geschlossenen russisch-österreichischen Verträge veröffentlichen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Dezember.

Die Colonialpolitik am Wendepunkte.

Die Verhandlungen unter den Parteien des Reichstags bezüglich der ostafrikanischen Angelegenheiten sind, wie in unseren heutigen Morgen-telegrammen gemeldet ist, noch nicht zu einem formellen Abschluß gelangt. Gegenüber Bemühungen, die Frage, was zunächst zu geschehen hat, im Sinne einer ausschließlichen Reichscolonialpolitik zu lösen, sind allem Anschein nach auf schwer zu überwindende Hindernisse gestoßen. Offenbar kreuzen sich entgegenstehende Bestrebungen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Reichstags, so daß diesem die entscheidende Rolle zufällt. So weit bisher die Lage zu beurtheilen ist, hat der Gedanke, die Verhältnisse in Ostafrika etwa in derselben Weise zu regeln, wie das in Togo, Kamerun, dem südwestafrikanischen Schutzgebiet und dem Schutzgebiet der Marshall-Inseln von vornherein geschehen ist, am meisten Aussicht auf Verwirklichung, so daß über die Grenzen des bisherigen Programms der Colonialpolitik nicht wesentlich würde hinausgegangen werden. Dort sind bekanntlich von vornherein Gouverneure beim Reichscommissare eingesetzt worden, welche an der Spitze der Verwaltung stehen. Diese haben den Einheimischen gegenüber eine erhebliche größere Autorität als die Leiter von Privatgesellschaften. In Kamerun und Togo hat sich dieses System bisher auch bewährt. Abgesehen von den Gehältern für den Gouverneur bzw. die Commissare und deren Gehilfen hat das Reich nach dem Etat für das nächste Jahr keine Ausgaben, da die Kosten der lokalen Verwaltung durch die eigenen Einnahmen der Colonien in Kamerun in Höhe von 190 000 Mk., in Togo in Höhe von 80 000 Mk. gedeckt werden. In Ostafrika wird dieses System allerdings nur mit gewissen Modificationen anwendbar sein, aber die Discussion ist doch erheblich vereinfacht und erleichtert, seitdem der Vorschlag, die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft gewissermaßen mit der Vertretung des Reichs zu betrauen, befestigt ist. In den westafrikanischen Schutzgebieten liegen für das Reich die Verhältnisse insofern günstiger, als die übrigen aus den eigenen Einnahmen der Schutzgebiete zu deckenden Ausgaben für die Polizeisoldaten dort verhältnismäßig gering sind. In Kamerun beträgt die Löhnung für eine Polizeitruppe nur 7000, in Togo 2000 Mk. In Ostafrika würden zur Sicherung der Ansiedelungen erheblich stärkere Truppen notwendig sein. Selbst wenn man sich mit der Befestigung der vier Stationen Bagamoyo, Dar-es-Salaam u. s. w. begnügt, würde für jede Station bei den heutigen Verhältnissen eine Truppe von einigen hundert Mann unentbehrlich sein, wenigstens so lange es nicht gelingt, durch eine rücksichtsvolle und vorsichtige Verwaltung das durch das Verhalten der ostafrikanischen Ge-

sellschaftsbeamten verlorene Vertrauen der Eingeborenen zu gewinnen.

Falls dieser Plan in seinen allgemeinen Umrissen die Zustimmung der Majorität, das Centrum eingeschlossen, findet, würden dem Reichstage nach den Ferien bestimmte Vorschläge, wahrscheinlich in Form einer Creditforderung und vorbehaltlich der späteren Etablierung der Ausgaben zugehen. Bei der Beratung des Antrages Windthorst, der in parlamentarischen Kreisen scherzhaft der „Schlaven-Windthorst“ genannt wird, kann es sich demnach nur um eine vorläufige Rundgebung des Wunsches des Reichstags handeln. Die endgültige Entscheidung würde gelegentlich der in Aussicht genommenen Regierungsvorlage und unter Mitwirkung des Reichskanzlers stattfinden. Die Frage der Blockade hängt mit diesen Erwägungen nur insofern zusammen, als auch seitens der Regierung anerkannt wird, daß die Blockade allein nicht ausreicht, eine dauernde Beruhigung des ostafrikanischen Gebietes zu sichern.

Der deutsche und italienische Generalstab.

Die Gerüchte von einer Verbindung des deutschen Generalstabes mit dem italienischen wollen nicht verfliegen. So schreibt neuerdings der römische Correspondent der „Neuen Fr. Presse“ unter dem 6. d. Mts.:

„Den Gerüchten von Rathschlägen, welche von der preussischen Heeresverwaltung dem italienischen Kriegsministerium gegeben worden wären, liegt die Thatfache zu Grunde, daß General Bertoldi, der italienische Kriegsminister, sich nach Berlin um Mittheilungen über die Einrichtung der deutschen Eisenbahnregimenter und andere auf die Mobilmachung bezügliche Maßnahmen wendete. Es ist unrichtig, daß man von Berlin die Einrichtung des Heeres nach dem Territorial-System empfohlen hätte. Es giebt im italienischen Heere keinen einzigen Officier, der von der Zweckmäßigkeit des Territorial-Systems nicht überzeugt wäre, aber der Reform stehen politische Bedenken im Wege, und da heißt es behutsam sein und langsam vorgehen. Die Reform ist übrigens im Zuge. Vorläufig ist die Artillerie in territoriale Regimenter eingetheilt worden, und in wenigen Jahren wird wahrscheinlich die Reiterei an die Reihe kommen. Eine andere Neuerung, welche im Heere bevorsteht, betrifft den Felddienst. Nach langen Erwägungen hat nämlich der große Generalstab den Vorschlag gemacht, das dienstbezügliche Reglement nach dem Muster des im deutschen Heere geltenden umzuarbeiten. Mit der Ausführung des Vorschlages sind schon zwei höhere Officiere betraut worden.“

Reichszuschuß und Selbsthilfe.

Dem habsbischen Bundesrathsbevollmächtigten Frhrn. v. Marschall als Vertheidiger des Reichszuschusses zur Alters- und Invalidenversicherung stellte bei der ersten Beratung des Gesetzes Abg. Schrader den früheren Reichstags-Abgeordneten Frhrn. v. Marschall gegenüber. Darauf entgegnete das Mitglied des Bundesraths, seine früheren Ausführungen hätten sich gegen einen Reichszuschuß gerichtet, der an die Stelle von Leistungen völlig gesunder und zum Theil jugendlicher Arbeiter treten sollte. Abgeordneter v. Marschall motivirte am 1. April 1881 sein und seiner Freunde Votum gegen den Reichszuschuß mit drei Gründen. Einen derselben hat der Bevollmächtigte neulich erwähnt. Die beiden anderen aber richten sich im Princip gegen jeden Reichs- oder Staatsbeitrag. Herr v. Marschall sagte damals:

„Meine Freunde und ich wünschen, daß bei der Versicherung auch den Arbeitern gegenüber der Charakter der Selbsthilfe gewahrt bleibe, und schon aus diesem Grunde haben wir sehr erhebliche Bedenken gegenüber dem Staatsbeitrag, wie er vorgesehen ist in unserem Entwurf.“

Das fernere Bedenken des Redners trifft das jetzt vorliegende Gesetz, welches Reichszuschüsse für

es bisher nicht gelungen, durch die Zola'schen Stoffe hindurch zu seiner Kunst vorzudringen, und es soll gerne zugegeben werden, daß das bisweilen nicht leicht war. Hier fällt das Hinderniß fort, die Zola'sche Kunst liegt für jedermann, der überhaupt einen Sinn dafür hat, offen da, und so kann man hoffen, daß diese Kunst auch in weiteren Kreisen endlich die Anerkennung finden wird, die ihr aus leicht verständlichen Gründen versagt bleiben mußte und die sie doch in so hohem Maße verdient. Das zunächst ist das Erfolge an dem neuen Werk.

Der Stoff, dem wir dies verdanken, ist von großer Einfachheit. Ein Waisenkind wird von einem elternlosen Ehepaar halb erzogen auf der Straße gefunden. Die Leute bewohnen in der Stadt Beaumont ein kleines Haus, welches dicht an der großen Kathedrale liegt, und verfertigen Stiche für die Kirche. Es sind einfache, gute Leute. Bei ihnen wächst die kleine Angélique — einen Vatersnamen hat das Kind nicht — auf und wird ebenfalls zu einer Stickerin von großer Geschicklichkeit. Ihre Welt wird die alle Kathedrale, alles was sie thut und treibt, steht in Bezug zu ihr. Ein altes Legendenbuch ist ihr in die Hände gefallen, und ihre lebhafteste Phantasie hat sich der mittelalterlichen katholischen Sagen bemächtigt. Während sie Tag für Tag an ihrem Sticken sitzt, schweifen ihre Gedanken beständig zu den Heiligen in der Kirche hinüber, besonders zu ihrem Liebling, der kleinen heiligen Agnes mit den langen, langen Haaren. Angélique glaubt unter ihrem besonderen Schutz zu stehen. Sie lebt ganz unter Orgeln, Glockenklang und Weihrauchwolken, unter der feinen, reinen Erde und dem glänzenden Gold, aus dem unter ihren Händen wahre Wunder von Sticheisen

11 bis 12 Millionen Arbeiter einführen will, noch viel schärfer als das Unfallsgebot von 1881. Herr v. M. sagte nämlich: „Wenn schon dem jugendlichen Arbeiter, dem Arbeiter, der sich im Vollbesitz seiner Arbeitskraft befindet, wenn diesem schon in diesem Zeitpunkt seines Lebens von der Gesetzgebung gesagt wird: Du bist nicht im Stande, alles das mit deiner Arbeitskraft zu verdienen, was du bedarfst zu deiner Lebenshaltung — meine Herren, welche Wirkung wird das auf den Arbeiter ausüben? Keine andere Wirkung, als daß er sich von Jugend auf daran gewöhnt, daß nicht seine eigene Kraft es ist, auf die er sich zu verlassen hat, sondern, daß hinter ihm der Staat steht, der dann, wenn er nichts mehr leisten kann oder auch nichts mehr leisten will, eintritt; und der für unsere ganze Volkswirtschaft so unendlich werthvolle Trieb, der jedermann soll innewohnen, daß er alles anwendet, das Höchstmögliche zu leisten mit seiner Arbeitskraft, wird wesentlich nothleiden durch das Gefühl, daß das, was man selbst nicht leisten kann, durch den Staat geleistet wird.“

Die englischen Indier in Ostafrika.

Der Londoner „Times“ gehen aus Zanzibar unterm 10. d. folgende Nachrichten zu, deren Richtigkeit allerdings nicht controlirt werden kann und bei denen nicht zu vergessen ist, daß sie eben englischer Quelle entstammen:

„Die Lage der anglo-indischen Kaufleute scheint täglich hoffnungsloser zu werden. Die militärischen Operationen an der Küste seitens der deutschen Flotte und die Tödtungen der Eingeborenen veranlassen letztere, Repressalien selbst gegen die indischen Kaufleute, die bisher völlig sicher waren, zu ergreifen. Bagamoyo und Dar-es-Salaam sind die einzigen Plätze, welche die Deutschen mittelst militärischer Blockhäuser besetzt halten. Die deutsche Regierung ist jetzt durch die militärischen Operationen der Befehlshaber ihrer Schiffe in den Augen der ganzen Bevölkerung mit den verhafteten Handlungen der deutschen Gesellschaft identificirt. Die Deutschen haben nichts zu verlieren, während die indischen Kaufleute und die ganze Küstenbevölkerung zu Grunde gerichtet werden. Die deutsche Gesellschaft verlangt vom Sultan noch immer die Kosten der Küstenverwaltung, wodurch sie sich verantwortlich für die Sicherheit von Leben und Eigenthum fremder Unterthanen macht. Aber die indischen Kaufleute sind thatsächlich vom Regen in die Traufe gelangt, denn sie klagen, daß, als die Aufständischen von Bagamoyo abzogen, die eingeborenen Soldaten in deutschen Diensten sie ausraubten. Die Beamten der deutschen Gesellschaft überredeten jüngst mehrere Indier gegen den Rath des britischen General-Consuls, ihre Geschäfte an der Küste wieder aufzunehmen. Gleichwohl wurde während der jüngsten Feindseligkeiten kein augenscheinlicher Versuch gemacht, sie zu schützen. Einerseits wurden sie von den Aufständischen geplündert, andererseits litten sie durch das deutsche Bombardement. Die Lage ist eine sehr ernste. Wenn die indischen Kaufleute für ihre Verluste nicht entweder von der deutschen Gesellschaft oder der deutschen Regierung entschädigt werden, wird der ganze Küstenhandel zu Grunde gerichtet sein, und der Umstand, daß unsere Mitbürger ihrem Schicksal überlassen werden, kann nicht ermangeln, eine höchst ernste Wirkung in Indien auszuüben.“

Einem Telegramm des Reuterschen Bureaus zufolge hielten die Anglo-Indier in Zanzibar am 10. Dezember eine Versammlung ab, um zu erwägen, in welcher Weise am besten die Befreiung ihrer jetzt von den Arabern in Pangani, Tanga, Sabani, Kilwa, Lindi und Mikindani gewaltsam zurückgehaltenen Mitunterthanen erlangt werden könnte. Es wurde in der zahlreich besuchten Versammlung erklärt, daß die Araber hoffen, durch Zurückhaltung der unter ihnen weilenden Indier das Bombardement ihrer Städte und die Zerstörung ihres Eigenthums zu verhindern. Das Schicksal dieser Leute stößt in Zanzibar große Besorgniß ein. Die Indier hoffen, die deutsche Regierung werde ihre kriegerischen Operationen auf Bagamoyo und Dar-es-Salaam beschränken und nicht die ganze Küstenlinie, wo das Leben und Eigenthum britischer Unterthanen allein auf dem

entstehen. Von der Welt da draußen weiß sie nichts — sie träumt, einen reinen kindlichen Traum. Und als sie älter wird, träumt sie von Reichthum und Glück, von fabelhaften Schätzen mit fabelhafter Pracht, sie träumt von einem Prinzen, der sie heirathet. Er wird eines Tages kommen, sie weiß das ganz bestimmt, sie läßt sich nicht irre machen, sie erwartet ihn. — Und der Prinz kommt in der That. Der Bischof der Kathedrale ist aus dem uralten Geschlecht der Hauteceurs, einem der ersten Adelsgeschlechter Frankreichs. Er ist erst Geistlicher geworden, nachdem seine heiliggeliebte Frau bei der Geburt des ersten Kindes gestorben. Die Frauen der Hauteceurs sterben fast alle jung im Augenblick des höchsten Glücks. Das Kind ist am Leben geblieben, aber der Vater hat es zwanzig Jahre lang nicht zu sich genommen. Die fortwährende Erinnerung an die todt Mutter wäre ihm unerträglich gewesen. Endlich jedoch entschließt er sich, seinen Sohn Felicien zu sehen. Felicien kommt nach Beaumont und erblickt Angélique, die kleine Stickerin; mit seiner Ruhe ist es dahin. Eine leidenschaftliche Liebe ergreift ihn, unter allern Hand Verkleidungen nähert er sich ihr, und ihr Herz fliegt ihm entgegen. Sie ist gar nicht erstaunt, wie er sich als ein Prinz und Erbe von vielen, vielen Millionen entpuppt. Sie hat ihn ja längst erwartet, nun geht ihr Traum in Erfüllung, sie werden sich heirathen, glücklich sein und auf fabelhaften Schätzen wohnen.

Der Prinz ist noch sehr jung. Felicien VII. von Hauteceur denkt wirklich ernsthaft daran, die namenlose kleine Stickerin zu heirathen. Der Vater sehr selbstverständlich diesen Ideen ein energisches Nimmals entgegen, und nun wird die Geschichte sehr traurig. Einen Fluchtversuch weist

Spiele stehe, angreifen. Es heißt, daß in den oben erwähnten sechs Städten weder deutsche Unterthanen noch deutsches Eigenthum vorhanden sind.

Die Ausländer in Rußland.

Aus Petersburg, 10. Dezember, wird uns geschrieben: Hiesige Zeitungen melden: Diejenigen Ausländer, welche im kommenden Frühling länger als 5 Jahre in Rußland sich aufgehalten haben, ohne die russische Staatsangehörigkeit nachzusuchen, sollen dann des Landes verwiesen werden. — Im Reichsrathe wird dieser Tage eine Gesetzesvorlage eingebracht, monach Ausländern der Erwerb von naphthalinigen Boden in Zukunft untersagt sein soll. Ebenso soll es künftig Ausländern nicht gestattet sein, naphthalinigen Boden zu pachten, sofern der betreffende Landantheil 30 Morgen übersteigt.

Rohlenkrisis in Südrußland.

Die südrussische Industrie leidet gegenwärtig in schlimmer Weise dadurch, daß im gesammten Süd- und Südwestgebiete des Reichs die Rohlenkrisis sich je weiter je empfindlicher geltend macht. Specieell im Südwestgebiete, wo die Zuckerfabriken den bedeutendsten Rohlenverbrauch aufweisen haben, führen viele wegen Mangels an Brennmaterial nur mit knappsster Noth die Campagne weiter; in ähnlicher Weise wird von Charowischen Blättern mitgetheilt, daß im dortigen Zuckerindustriegebiete drei Fabriken den Betrieb wegen Rohlenmangel bis auf weiteres eingestellt hätten, und der „Rijeml.“ weiß leihthin zu melden, daß das große der belgischen Compagnie gehörige Eisenhüttenwerk vor Jekaterinosslaw aus eben demselben Grunde den Betrieb auf die Hälfte eingeschränkt hätte. Diefelben Klagen sind übrigens fast aus allen Gegenden des Südgebets vernehmbar geworden.

Crispi über Aboessnien.

In der italienischen Deputirtenkammer richtete gestern, wie aus Rom telegraphirt wird, der Abgeordnete Bonghi an den Ministerpräsidenten Crispi die Anfrage, ob derselbe über die inneren Verhältnisse Aboessniens Nachrichten habe und ob er über den gegenwärtigen rechtlichen Charakter des Besitzes von Massaua Aktienstücke vorzulegen gedenke. Crispi erwiderte, die Nachrichten aus Aboessnien seien nicht derartige, daß mit Sicherheit auf den wirklichen Stand der Dinge daselbst geschlossen werden könnte. Sicher sei jedoch, daß im Emirath Aethiopien große Unordnung herrsche. Man könne nicht die Absichten des Negus gegen Menelik, noch diejenigen Meneliks gegen den Negus. Selbst wenn er, Crispi, sie kennen sollte, so würde er sie nicht bekannt geben. Italien sei übrigens in Massaua so stark befestigt, daß jeder Angriff zurückgeschlagen werden würde. Italien werde keine neue Expeditionen unternehmen, sondern seine Streitkräfte an Ort und Stelle zur Aufrechterhaltung seiner dortigen Besitzung verwenden, deren rechtlichen Charakter die Kammer aus dem im Druck befindlichen und demnachst vorzulegenden Documenten ersehen werde. Er habe ein Decret oder ein Gesetz zur Constatirung der italienischen Souveränität über Massaua nicht für nothwendig.

Die Suezcanalconvention.

Wie man aus Konstantinopel schreibt, wartet die Pforte nur noch das Eintreffen des von der spanischen Regierung ratificirten Exemplars der Suezcanal-Convention ab, um den Austausch aller Ratificationen genannter Convention zu veranlassen. Da die Pforte bereits von dem formellen Beitritt der Madrider Regierung zu der Convention Mittheilung erhalten hat, kann das Eintreffen des ratificirten Exemplars nur noch eine Frage von wenigen Tagen sein.

□ Zola's neuer Roman.

I.

Den Roman, welchen Zola vor kurzem hat erscheinen lassen, muß jeder Verehrer dieses Dichters mit ganz besonderer Freude begrüßen; nicht etwa, weil er künstlerisch höher steht als die früheren Bücher, sondern wegen eines rein äußerlichen, aber doch sehr wichtigen Umstandes. „Le rêve“ ist gänzlich frei von alldem, was die Werke Zola's bisher in weiten Kreisen des deutschen Publikums unmöglich gemacht hat. Um es kurz zu sagen, das Buch ist anständig von der ersten bis zur letzten Zeile. Es kommt kein Ausdruck darin vor, der, wenn wir von krankhafter Prurien absehen, ein noch so jährländisches Herz verkehren könnte. Dieser Ruf ging dem Romane schon voran, noch ehe er erschienen war und zwar hieß es, Zola habe ein Buch für junge Mädchen geschrieben. Die Kunde war geeignet, ernsthaftes Beforgniß zu erwecken. Zola konnte kein Buch für „junge Mädchen“ schreiben in dem Sinne, wie man dies Wort heute versteht, in dem Sinne, wie unsere Modeliteraten für die höhere Tochter schreiben. Er konnte dies nicht thun, ohne sich selbst untreu zu werden. Und er hat es auch glücklicherweise nicht gethan. Sein „Der Traum“ ist durch und durch ein echtes Kind der Zola'schen Muse, und troßdem kann — zufällig — jeder erwachsene Mensch, gleichviel ob männlichen, ob weiblichen Geschlechts, das Buch ohne jedes Bedenken in die Hand nehmen.

Zufällig! Denn der Grund dafür liegt in dem Stoff, und der Stoff ist in jedem Kunstwerk etwas relativ Zufälliges. Aber er wird in diesem Falle wesentlich. Den allermeisten Menschen ist

Angélique zurück. Sie hat sich selbst dem Bischof zu Füßen geworfen, sie hat zwar einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht, aber auch ihr hat er das Niemals zugesprochen. Nun ist sie aus ihren Sinnen gefallen, thatenlos welkt sie dahin in ihrem Schmerze. Ihr Körper vermag nicht lange zu widerstehen, sie liegt schließlich im Sterben und verlangt nach der letzten Delung. Der Bischof selbst, von Mitleid überwältigt, erscheint an ihrem Todtenbett, und da geschieht ein — Wunder. Den Hauteceurs ist von Gott die Gabe verliehen, Kranke zu heilen. Sie müssen dieselben auf den Mund küssen und dabei den Welspruch ihres Geschlechtes sprechen: „Wenn Gott will, will ich.“ Als der Bischof die kleine Angélique, die bereits das Bewußtsein verloren, mit den heiligen Oelen gesalbt hat, überkommt ihn eine unwiderstehliche Rührung; er beschließt, die Sache in Gottes Hand zu legen; er küßt das Mädchen und spricht die Worte: „Wenn Gott will, will ich.“ Da schlägt sie die Augen auf und lächelt selig. Felicien ist in der Nähe; sie wundert sich nicht, ihn und seinen Vater zu sehen. Sie hat das erwartet. Der Bischof, der den Finger Gottes zu erkennen glaubt, weigert sich nicht länger. Die Hochzeit wird festgesetzt, sobald Angélique sich erholt. Und in der großen Kathedrale, unter deren Schäften sie herangewachsen, wird die kleine Stickerin unter allem Pomp der katholischen Kirche mit dem Prinzen von Hauteceur getraut. Aber ihr Körper hat doch zu schwer gelitten. Als sie am Arme ihres Gemahls unter dem Klang der Orgel und der Glocken, unter dem Jauchzen des Volkes, unter der Glorie der Frühlingssonne aus dem Portal der Kirche tritt, sinkt sie todt zusammen. „Angélique“ schwebte glücklich und in ungeschulter Reinheit aus dem Dunkel der romanischen Kapellen

Arztthung des Cabinets Sagasta.

Eine aus Madrid kommende Mittheilung kennzeichnet die nunmehr vollzogene Reconstitution des Cabinets Sagasta als eine wesentliche innere Arztthung desselben, indem das Ministerium an Stelle von vier ausgesprochen radical-liberalen Mitgliedern, welche es bisher zählte, nur noch zwei Männer dieser Richtung enthält, so daß die weitaus überwiegende Mehrheit des Cabinets der gemäßigten Partei Sagastas angehört. Das Cabinet habe auch dadurch an innerer Festigkeit gewonnen, daß der neue Kriegsminister, General Chinchilla, nicht wie sein Vorgänger O'Ryan sich persönlich für die Reformprojecte des Generals Cassola einsetzt, was bekanntlich die jüngste Krise hauptsächlich verschuldet hatte. Ob und in welchem Umfange diese Reformen während der nächsten Zeit zur Ausführung gelangen sollen, läßt sich zur Stunde nicht beurtheilen.

Ueber die neuen Minister gehen uns nachstehende Mittheilungen zu: General Chinchilla hat niemals eine politische Rolle gespielt, hat an dem Kriege auf S. Domingo, auf Cuba und an dem Kriege gegen die Carlisten mit Auszeichnung theilgenommen, gilt als tüchtiger Militär und ist ein Neffe des Marquises Serrano. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Graf Miquelena, gehört einer der höchsten Familien des Landes an, ist Stand von Spanien, zählte seinerzeit zu den eifrigsten Conservativen und war unter Canovas Gefandter in Brüssel. In Folge persönlicher Reibungen mit Canovas trat er von seinem Posten zurück und schloß sich der gemäßigten liberalen Gruppe Sagastas an, zu deren ruhigsten Mitgliedern er gehört. Herr Gonzalez war zuletzt Präsident des Staatsrathes und vordem Minister des Innern; er ist eifriger Sagasteaner; der neue Colonienminister Becerra hatte gleichfalls schon einmal ein Minister-Portefeuille inne und gehört der radicaleren Richtung an.

Deutschland.

Berlin, 12. Debr. Bekanntlich hatten verschiedene deutsche Handelskammern an den Reichshandler eine Eingabe gerichtet, in welcher sie die Reform des bei Abnahme von Offenbarungseiden unpäßlicher Schuldner angewandten Verfahrens befürworteten und Vorschläge in dieser Richtung unterbreiteten. Wie wir hören, hat in der an die Handelskammern des Reichshandlers gerichteten Antwort der Staatssecretär im Reichshandelsamt erklärt, daß diese Anträge bei der Neugestaltung der Civilprozeßordnung in Erwägung gezogen werden sollen.

[Ein Wort Kaiser Friedrichs.] Professor Dr. Nippold erwähnt in seiner soeben erschienenen Schrift: „Katholisch oder protestant?“, auf die wir unsere Leser bei diesem Anlaß ausdrücklich aufmerksam machen möchten, ein Gespräch, das er vor etwa 20 Jahren mit dem damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm zu führen Gelegenheit hatte und in welchem der Unvergessliche schon damals mit großer Entschiedenheit sich zu denselben Grundfragen religiöser Evidenz bekannte, die in der ersten feierlichen Rundgebung Kaiser Friedrichs einen so warmen Ausdruck gefunden haben. Der damalige Kronprinz äußerte:

„Es ist das Erbe meines Hauses, jeder Kirche, jedem Bekenntnisse gleiche Freiheit zu sichern in allem, was zur freien Religionsübung gehört. Wo aber Uebergrenzen verläßt werden sollten, die über das religiöse Gebiet hinausgreifen und andere schädigen, da ist auch nicht die geringste Concession zu machen, da ist mit eiserner Energie entgegenzutreten.“

„Wie hoch sich“, so fügt Professor Nippold aus eigener Erinnerung hinzu, „die hohe Gestalt noch höher bei diesen Worten! Unmühsam reichten sich die bis dahin übereinander geschlagenen Arme und das herrliche Auge strahlte die innere Begeisterung wieder. Die ganze Fülle der Majestät umschloß die Königsfront, während er, bis dahin an den Tisch gelehnt, nun aber mit mächtigem Schritte hervortretend, das innerste Streben enthüllte.“

[Aus der Budgetcommission des Reichstages.] In ihrer gestrigen Sitzung beschäftigte sich die Budgetcommission des Reichstages mit dem Etat der Post- und Telegraphenverwaltung. Nach eingehender Erörterung der auf Grund des erweiterten Verkehrs geforderten Vermehrung des Betriebspersonals wurden die bezüglichen Mehrforderungen nach der Vorlage bewilligt. Einer Anregung seitens eines Commissionsmitgliedes, das Maximalgehalt der Vorsteher von Postämtern erster Klasse, Bahnpostämtern und Telegraphenämtern erster Klasse von 4800 Mk. auf 5100 Mk. zu erhöhen, wurde nach längerer Debatte und nachdem der Herr Vertreter des Reichshandelsamts sich aus Rücksichten der allgemeinen Finanzlage gegen eine solche Erhöhung ausgesprochen hatte, seitens der Commission eine Folge nicht gegeben. Nachdem die Commission, wie im vorigen Jahre, eine Subcommission zur Vorprüfung der im Etat angeführten Ausgaben zum Neubau von

zum Strahlenkranz der gotischen Wölbungen in die Verwirklichung ihres Traumes hinüber, von den Resten verbliebenen Goldes und toter Malereien zum lebendigen Paradies der Legenden empor. . . . Die vom Unsichtbaren gekommene Erscheinung kehrte zum Unsichtbaren zurück. Es war nur ein Lichtbild gewesen, welches erlosch, nachdem es eine Einbildung geschaffen hatte. Alles ist nur ein Traum. Auf dem Gipfel des Glückes angelangt, entscheidend angelique unter dem flüchtigen Hauche eines Rufes.“

Mit diesen Worten schließt das Buch. Natürlich kann ein kurzes Referat auch nicht eine annähernde Vorstellung von seinem Inhalte geben. Sein Werth besteht nicht in dieser schlichten Geschichte, die wie eine katholische Legende klingt, sondern in dem, was Zola aus dieser Geschichte gemacht hat, und hier gilt eben das, was vorhin bereits angedeutet wurde. So anders der Stoff auch ist, als wir es bei dem Dichter gewohnt sind, so vertritt er doch seine ganze Welt- und Lebensanschauung hier mit derselben Konsequenz, wie irgendwo sonst, und die künstlerischen Mittel, deren er sich bedient, sind genau dieselben wie früher, wenn allerdings für den unaufmerksamen Beobachter diese Mittel hier auch vielleicht zum ersten Mal klar und deutlich zu Tage liegen. Dies ist ein neuer, auch wieder nur äußerlicher Umstand, der den „Traum“ besonders merkwürdig macht. Der Roman wird dem Autor nicht nur neue Anhänger werben, sondern auch in den Kreisen, die bereits für ihn gewonnen sind, in vieler Hinsicht klärend und berichtigend wirken. Zola ist schon seit langer Zeit ein Parteimann geworden. Nicht nur in Frankreich und Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, wo eine literarische Bewegung existiert, schreiben ihn diejenigen auf ihre Fahne, welche das Ende der alten

Postgebäuden eingesetzt hatte, vertagte sich dieselbe bis nach Erledigung der Arbeit dieser Subcommission.

[Die 10 000 Silberlinge des Herrn v. Bleichröder.] Das Wahlcomité der Conservativen des fünften Berliner Reichswahlkreises, Major J. D. Blume, Prehl und Genossen, macht bekannt, daß Major J. D. Blume aus Anlaß der jüngsten Erörterungen an Herrn Bleichröder die schriftliche Anfrage gerichtet habe, ob er 1887 an irgend jemand eine Wahlspende unter der Bedingung gemacht hätte, daß Herr Candtags-Abgeordneter Cremer von seiner Candidatur im 5. Berliner Reichswahlkreise zurücktreten sollte.

„Da aber“, so heißt es in der Erklärung, „Herr v. Bleichröder nicht geantwortet hat, so erklären wir hiermit, daß wir niemals weder direct noch indirect irgend eine Summe vom Herrn v. Bleichröder erhalten haben, abgesehen davon, daß wir jedes derartige Anerbieten mit Entrüstung zurückgewiesen haben würden. Auch können wir noch hinzufügen, daß wir aus der Centralkasse der Wahlvereine der „rechtsstreuen Parteien“ zu Berlin ebenfalls kein Geld erhalten haben.“

Wenn Herr v. Bleichröder — bemerkt dazu die „Freis. Ztg.“ — nicht das Geld gezahlt hätte für den Rücktritt Cremers, so würde er dies längst öffentlich haben erklären lassen. Gezahlt worden ist das Geld. Dies wird weder von Herrn Cremer noch sonst von irgend jemand geleugnet. Wenn die Wahlcomités der conservativen und Cartellpartei als solche das Geld nicht empfangen haben, so muß es in irgend welche dunkle Tasche geflossen sein. Bisher hatten wir dies zu Ehren der Conservativen nicht angenommen. Jetzt erhellt aber die Parteilehre der Conservativen erst recht, daß der Empfänger der 10000 Mark ermittelt wird.

Der „Reichsbote“ meint, daß das Geld des Herrn v. Bleichröder „wahrscheinlich für die Mobilmachung der Nationalliberalen Verwendung gefunden habe; jedenfalls werden nun auch die Nationalliberalen sich erklären müssen.“

[Zu den Sammlungen für die Emin Pascha-Expedition.] Die „Meier-Zeitung“ stellt die Richtigkeit der vor einiger Zeit durch die Zeitungen gegangenen Nachricht, wonach der reiche Großindustrielle Niebeck in Halle 150 000 Mark für die Emin Pascha-Unternehmung gesammelt haben sollte, in Abrede. Das genannte Blatt sagt:

„Die Nachricht ist wahrscheinlich rundweg unwahr. Wenigstens ist die Schenkung nicht allein durchaus nicht bestätigt worden, sondern es sind Briefe aus Madeira eingetroffen, aus welchen das Gegenheil mit Bestimmtheit hervorgeht. Herr Niebeck befindet sich dort auf der Reise mit einem intimen Freunde. Aus den Briefen erhellt, daß die Herren ohne Ausnahme über das Emin Pascha-Unternehmen waren und ganz verwundert nähere Nachrichten erbaten. Und zwar waren diese Briefe jünger als die Zeitungsnotiz, nach welcher Herr Niebeck jene erhebliche Summe geschenkt haben sollte. Man darf wohl annehmen, daß er von einer Unternehmung Kenntnis gehabt haben würde, für welche er einen Betrag von 150 000 Mark zeichnet.“

Eine Aufklärung in dieser Angelegenheit wird wohl nicht lange auf sich warten lassen.

[Ausländer in den Unfallversicherungsgesellschaften.] Nach § 67 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 können unsere Berufsgenossenschaften die in den Betrieben unserer Betriebsunternehmer verunglückten Ausländer, welche dauernd das Reichsgebiet verlassen, durch eine Kapitalzahlung für ihren Entschädigungsanspruch abfinden. Während diese Kapitalzahlungen im Jahre 1886 sich auf nur 8 Ausländer erstreckten und im ganzen eine Summe von 5701,95 Mark ausmachten, betrug nach dem Reichstage zugegangenen Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften dieselbe Summe für 1887 bereits 55 621,76 Mark und erstreckte sich auf 49 Ausländer.

[Zur Weinfrage] Ist in unseren heutigen Morgentelegrammen mitgeteilt worden, daß im Reichstage jetzt der Gedanke angeregt worden ist und von verschiedenen Seiten lebhaft befürwortet wird, den Wein aus § 10 des Nahrungsmittelgesetzes ganz wegzulassen und auf ihn nur die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des § 12 des Nahrungsmittelgesetzes in Anwendung zu bringen. Es ist daher von Interesse, sich die bezüglichen Gesetzesparagraphe zu vergegenwärtigen. § 10 des Nahrungsmittelgesetzes, der bei den bisherigen Weinprüfungsproben in Anwendung gekommen ist, lautet:

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

- 1) wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht oder verfälscht;
- 2) wer wissentlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben oder nachgemacht oder verfälscht sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält.

Der § 12 desselben Gesetzes lautet:

§ 12. Mit Gefängnis, neben welchem auf Verlust

literatur herbeigekommen glauben und für die neue Zeit eine neue Poesie entweder theoretisch verlangen oder selbst schaffen wollen. Naturalismus, Verismus, Impressionismus sind die Schlagworte der Theoretiker, und Nachahmer hat Zola in ganz Europa. Aber was haben diese Leute an ihm vor allem bewundert und nachgeahmt? Sie glauben seine edelsten Schüler zu sein, wenn sie ihn in dem Wühlen in den Nachseiten des Lebens noch zu übertreffen suchen und die schneidendsten Scheußlichkeiten auf das brutalste ans Licht zogen. Diese Stürmer und Dränger würden es für eine Schande halten, ein Buch zu schreiben, das ein Vater von heranwachsenden Kindern ruhig offen auf seinem Tisch liegen lassen kann.

Und nun veröffentlicht der Meister selbst ein Werk, das so gut und rein und düftig ist, wie die Sonnenstrahlen in der alten Kathedrale oder die weiße Seide in den Händen der kleinen Angélique. Ein Idyll, eine Legende, ein Märchen! Das Erstaunen ist groß. Diejenigen, die den neuen literarischen Bestrebungen feindlich gegenüberstanden haben, triumphieren. Das also ist des Pudels Kern! Darum hat man die ganze Welt in Bewegung gesetzt und einen so großen Lärm wegen des Naturalismus geschlagen. Wenn der Naturalismus einmal seine Unanständigkeit bei Seite läßt, entpuppt er sich — als Romantik, als ganz gewöhnliche längst bekannte Romantik. Es bleibt nichts Neues unter der Sonne. Auch Zola ist nur ausgewärmter Rohl. Und andere, darunter auch Jünger des Meisters, die in „Le rêve“ zu ihrem Schrecken ebenfalls etwas wie Romantik mitbrachten, zucken die Achseln und sagen: Zola hat zeigen wollen, daß er auch für Backfische schreiben kann, und ist dabei — langweilig geworden.

(Schluß folgt.)

der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, wird bestraft:

- 1) wer vorzüglich Gegenstände, welche bestimmt sind, anderen als Nahrungs- oder Genußmittel zu dienen, herstellt, herkauft, daß der Genuß derselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, ingleichen wer wissentlich Gegenstände, deren Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, als Nahrungs- oder Genußmittel verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt;
- 2) wer vorzüglich Bekleidungsgegenstände, Spielwaaren, Tapeten, Eß-, Trink- oder Kochgeschirr oder Petroleum herstellt, herkauft, daß der bestimmungsgemäße oder vorauszusehende Gebrauch dieser Gegenstände die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, ingleichen wer wissentlich solche Gegenstände verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt.

Der Versuch ist strafbar.

Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung oder der Tod eines Menschen verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein.

[Arbeitserleichterungen wegen der Landtagswahl.] Der „Oberschl. Volksztg.“ entnehmen wir folgende Mittheilung aus Ratibor-Hammer: „Von der hiesigen Ratibor-Brettmühle-Verwaltung zu Hammer sind bis jetzt drei Arbeiter entlassen worden, und zwar ausdrücklich deshalb, weil dieselben „schlecht“ gewährt haben. Es sind also drei Leute, die schon lange Jahre bei der Brettmühle beschäftigt waren und die sich immer ordentlich geführt hatten. Es trifft dieser Schlag die Leute um so härter, da der Winter vor der Thüre ist und schwerlich jeht no Arbeit zu bekommen sein wird. Wie wir hören, stehen binnen kurzem weitere Entlassungen bevor.“

[Neue Subventions-Dampferlinien.] Der „Arenztg.“ zufolge sind zwei Vorlagen über subventionirte Dampferlinien für den Reichstag zu erwarten, die eine im Interesse der Neuguineacompanie und die andere im Interesse der ostafrikanischen Gesellschaft.

[Waaren-Abzahlungs-Geschäfte.] Die Handelskammer von Osnabrück hat in ihrer letzten Vollversammlung beschloffen, ihre während der letzten Reichstagesession nicht mehr zur Berathung gelangte Eingabe, betreffend die Waaren-Abzahlungs-Geschäfte, dem Reichstage in neuer Ausfertigung zugehen zu lassen.

Görlitz, 12. Debr. Der Magistrat hat die Bewilligung einer Summe von 40 000 Mark für ein Reiterstandbild des Kaisers Wilhelm I. beantragt.

Marburg, 10. Debr. Der wegen Beschimpfung der jüdischen Religion zu Gefängnis verurtheilte Lehrer Jenner hatte ein Gnadengesuch eingereicht, welches der „Hess. Mrg.-Ztg.“ zufolge vom Kaiser abschlägig beschieden worden ist.

Oesterreich-Ungarn.

Graz, 12. Debr. Der Kaiser traf heute Vormittag hier ein und begab sich zum Bahnhof nach dem Polytechnikum. Dasselbst wurde der Kaiser von dem Rector mit einer Ansprache begrüßt, auf welche Se. Majestät lebhaft erwiderte. Nach Besichtigung des Polytechnikums fuhr der Kaiser, überall von der Bevölkerung mit herzlichsten Kundgebungen begrüßt, zur Herz-Jesu-Kirche, wo derselbe von dem Fürbischhof empfangen wurde. Um 1 Uhr erfolgte die Rückkehr nach Wien. (W. Z.)

Frankreich.

Paris, 12. Debr. Ein Bleigießer namens Perrault ist wegen Verdachts, die gegen die Stellenvermittlungsbureaus verwendeten Bomben angefertigt zu haben, verhaftet worden. (W. Z.)

Italien.

Rom, 12. Debr. [Deputirtenkammer.] Pantano von der äußersten Linken befragte Crispi wegen der Ausweisung des Correspondenten des „Gepico“, Coronelli, aus Berlin und ersuchte Crispi um Verwendung in Berlin, damit die Ausweisung zurückgenommen werde. Crispi erklärte, die Ausweisung sei auf Grund der inneren Gesetze des Reiches erfolgt, über welche die italienische Regierung sich nicht zum Richter machen könne. Er könne demnach dem Ersuchen Pantanos nicht entsprechen. (W. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 12. Debr. Der hiesige deutsche Gesandte Dr. Busch ist mit seiner Gemahlin heute von der Königin in Audienz empfangen worden. Die Audienz konnte nicht früher stattfinden, weil die Königin bei der Ueberreichung der Accreditive seitens des Dr. Busch in Norwegen weilte.

Am 14. Debr. S.-A. Danzig, 13. Debr. M.-A. b. Zg. 8.14. C.-U. 3.36.

Wetterverhältnisse für Freitag, 14. Debr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Dieses heiter und klar, veränderlich wollig, zum Theil bedeckt und trübe mit Niederschlägen bei mäßigen und lebhaften böigen bis starken Winden und kaum veränderter Temperatur. Nebel in den Küstengebietern.

[Neuer Reichverband.] Auf Grund der in den letzten Tagen des vorigen Monats im landwirtschaftlichen Ministerium stattgehabten comitatlichen Beratungen ist nunmehr der Entwurf des Statuts des für die Regulierung der unteren Weichsel nach Maßgabe des Gesetzes vom 20. Juni d. J. zu bildenden Reichverbandes ausgearbeitet. Dasselbe soll in nächster Zeit den Interessenten zur Begutachtung vorgelegt werden.

[Zum Kaiser Strandraub.] Wie nunmehr festgestellt ist, sind von dem bei Heisterneß gestrandeten Dampfer über 4000 Centner Weizen gestohlen worden. Zur Ermittlung der Thäter und des gestohlenen Gutes begaben sich gestern von hier die Herren Erster Staatsanwalt Weichert, Criminalpolizei-Inspector Richard, Polizei-Commissarius Schulz und sechs Schutleute, sowie zwei Regierungsassessoren und einige andere Beamte mit dem Regierungs-Dampfer nach Hela, woselbst auch der Landrath des Bezirks mit einigen Gendarmen anwesend war. Es wurden in den Drifschäften bis nach Großendorf hin Hausdurchsuchungen abgehalten. Die Danziger Beamten, welche gestern Abends zurückkehrten, erstreckten ihre Thätigkeit namentlich auf die Drifschäften Danziger und Puhiger Heisterneß und Hela, wo ca. 1000 Centner Weizen von ihnen gefunden und beschlagnahmt wurden. Etwa 150 Centner wurden dabei auf den Kirchhöfen verstreut vorgefunden.

[Von der Weichsel.] Plehnendorf, 13. Debr.: Heutiger Wasserstand am Oberpegel 3,78, am Unterpegel 3,76 Meter.

[Personalien.] Der Rechtsanwält Otto Friedrichs in Zoppot ist zum Referendarium ernannt und dem Amtsgerichte daselbst zur Befähigung überwiesen, der Gerichts-Assessorgehilfe Schneider in Danzig als Gerichts-Assessorgehilfe nach Carthaus und der Straf-Anstalts-Secretär Kaschke in Striegau als Rentmeister nach Neustadt versetzt.

[Ordination.] Gestern Vormittag 10 Uhr fand in der St. Marienkirche die Ordination des Herrn Predigamtscandidaten Emil Bruno v. Hülsen, welcher als Hilfsprediger für Marlubien (Diocese Schöck) bestimmt

ist, durch den Herrn Generalsuperintendenten Dr. Taube im Beisein des Herrn Consistorialrath Franch statt.

* [Vergrößerung der Postamts-Kasse.] Nachdem das frühere Wohnhaus des Provinzial-Steuer-Directors, neben dem Postgebäude in der Gasse, von der Post angekauft ist, sind in letzter Zeit die baulichen Aenderungen ausgeführt, um beide Gebäude zu vereinigen, wobei es nur nötig war, die Brandmauern zu durchbrechen und sonstige kleine Aenderungen zu treffen. Dies ist geschehen und es sind in der oberen Etage für Herrn Postdirector Lampe die Dienstzimmer eingerichtet, welche derselbe bereits bezogen hat. In den unteren Stock, unter Verbindung mit dem früheren Zeitungsausgaberaum, kommt die Post-Annehmungs-Abfertigung, während in dem Zimmer, wo sich bisher leihweise ein Bureau befand, der Herr Postkassirer sein Bureau erhält. Diese Aenderung soll schon in den nächsten Tagen vor sich gehen, damit bei dem umfangreichen Weihnachtsgeschäft bereits die größeren Lokaltäten zur Verfügung stehen.

* [Danziger Lehrerverein.] In dem großen Saale des Genserbauhauses wurde gestern die diesjährige Generalversammlung, welche von ca. 90 Mitgliedern besucht war, abgehalten. Nach Begrüßung der anwesenden Gäste durch den Vorsitzenden Herrn Both und Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung erstattete der derzeitige Kassirer, Hauptlehrer Garder Bericht über den Stand der Kasse, wonach die Gesamteinnahme 1473,15 Mk. beträgt, der eine Gesamtausgabe von 702,55 Mk. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 770,60 Mk. verbleibt. Der nunmehr fürs künftige Vereinsjahr aufgestellte Etat beträgt 500 Mk. Für die Bibliothek des Vereins zur Anschaffung neuer Werke und zum Abonnement verschiedener Fachzeitungen sind 150 Mk. (gegen 120 Mk. im Vorjahre) eingestellt. Zum bevorstehenden Christfest sollen 180 Mk. (gegen 140 Mk. im Vorjahre) an hilfsbedürftige Lehrerwitwen zur Verteilung kommen. — Das Wahlergebnis war folgendes: Zum Vorsitzenden wurde mit großer Majorität wiedergewählt Hr. Mittel-schleicher Both. Ferner blieben im Vorstände die Herren Jörn und Komosinski als Schriftführer, Garder als Kassirer, Minbt als Bibliothekar und Weber als Gensangsdirigent. Neu gewählt wurden die Herren Adler-Neufussmayer als zweiter Vorsitzender und Krause II. zum zweiten Bibliothekar. Die Versammlung beschloß, das Stiftungsfest durch eine ernste Feier und einen darauf folgenden Ball zu feiern.

* [Berufsgenossenschaftliches Schiedsgericht.] Heute fand unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsassessor Dr. Adler eine Sitzung des Schiedsgerichts der Section I der nordöstlichen Holzberufsgenossenschaft statt, in welcher die Genossenschaft durch ihren Geschäftsführer vertreten war. Im ersten Falle wurde eine Klage des Arbeiters Johann Bachas aus Schmek behandelt, welche bereits am 20. September cr. dem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegen hatte. Es wurde damals beschloffen, die von dem Kläger vorgelegten Zeugen durch das zuständige Gericht eidlich zu vernehmen, ob dieselben das ganze Jahr ohne Unterbrechung gearbeitet und welchen Wochenlohn sie verdient hätten. Die Genossenschaft hatte eine Rente von 33 Proc. gewährt, doch hatte der Kläger behauptet, daß der Berechnung der Rente zu Grunde gelegte Lohnsatz ein zu geringer gewesen sei. Das Schiedsgericht erkannte dahin, daß die Genossenschaft eine Rente von 45 Proc. von einem Jahresverdienst von 738 Mk. zu zahlen habe. — Der zweite Fall betraf die Klage des Tischlerlehrlings Richard Bittner aus Rostken, über welche gleichfalls schon am 20. September verhandelt worden war. Das Schiedsgericht hatte damals beschloffen, Vernehmungen darüber anstellen zu lassen, ob der Betrieb des Tischlermeisters Sommer, in welchem der Kläger verunglückt war, ein fabrikmäßiger sei. Das Schiedsgericht erkannte dahin, daß der Kläger mit seiner Klage abzuweisen sei, da nach den Entschcheidungen des Reichsversicherungsamtes eine Rente für die Verletzung, da diese bei der handwerksmäßig betriebenen Möbelfabrikation erfolgt ist, nicht gewährt werden könne. — Im dritten Falle wurde über eine Klage des Arbeiters Franz Bradke aus Neustadt verhandelt, welchem am 7. Dezember 1885 an der Kreisstraße die Beine des rechten Fußes abgeknitten worden waren. Die Genossenschaft gewährte ihm nach erfolgter Heilung eine Rente von 50 Proc., welche auch vom Schiedsgericht f. S. bestätigt wurde. Laut einem Physicatsbefehle hatte sich jedoch sein Zustand zu verbessern, daß die Genossenschaft die Rente auf 15 Proc. herabsetzte. Hiergegen hatte Bradke Berufung an das Schiedsgericht eingelegt. Das Schiedsgericht erkannte daher, daß die Rente des Klägers von 15 Proc. auf 20 Proc. zu erhöhen sei. — Im vierten Falle klagte der Schneidemüller Otto Horn aus Danzig, welcher im Betriebe der Frau Baumann zu Freudenthal bei Oliva am 23. April 1887 durch die Kreisstraße eine starke Verletzung der linken Hand erlitten hatte. Nach seiner Wiederherstellung erhielt er von der Genossenschaft eine Rente von 40 Proc. Da sich jedoch später sein Zustand laut Attest des Kreisphysicus Dr. Glaser bedeutend verbessert hatte, wurde die Rente auf 25 Proc. herabgesetzt, womit Horn nicht zufrieden war. Da der Kläger nicht erschienen war und sein Aufenthalt nicht hatte ermittelt werden können, so wurde die Verhandlung ausgesetzt. — Im fünften Falle wurde die Klage des Arbeiters Joh. Kühn aus Carlshorst verhandelt, welcher sich am 7. März 1887 der Finger der rechten Hand verletzt hatte. Die Genossenschaft hatte zuerst eine Rente von 40 Proc. gezahlt, hatte dieselbe jedoch später auf die Vollrente erhöht, weil Kühn an einem Rheumatismus litt, der ihn erwerbsunfähig machte und möglicherweise eine Folge der Verletzung war. Da der Rheumatismus nach Angabe eines ärztlichen Attestes inzwischen sich verloren hatte, so wurde die Rente auf 60 Proc. herabgesetzt. Hiergegen hatte Kühn Klage erhoben, wurde jedoch mit derselben vom Schiedsgericht abgewiesen. — Der sechste Fall betraf die Klage des Arbeiters Ludwig Mannschmidt aus Giesekranz (Kreis Heppenberg). Der Kläger war am 16. Januar 1888 beim Hinaustragen von Dielen auf einen Stapel zum Falle gekommen, wobei ihm der rechte Arm aus dem Gelenke gefallen war. Nachdem er längere Zeit für Rechnung der Genossenschaft in der Klinik in Königsberg gelegen hatte, wurde ihm eine Rente von 10 Prozent gewährt. Damit war er jedoch nicht einverstanden und er hatte Klage erhoben, wurde mit derselben jedoch abgewiesen. — Im siebenten Falle handelte es sich um eine Klage der Arbeiterin Christine Schlümann aus Memel, welche sich beim Ausgehen der Maschinenstube den Mittelfinger der rechten Hand abgequetscht hatte. Die Genossenschaft gewährte ihr nach ihrer Wiederherstellung eine Rente von 50 Proc. Da jedoch eine spätere Untersuchung ergab, daß die Erwerbsfähigkeit der Klägerin sich erhöht habe, wurde die Rente auf 25 Proc. herabgesetzt. Gegen diese Herabsetzung hatte die Schlümann Klage beim Schiedsgericht erhoben. Das Schiedsgericht erachtete eine Rente von 50 Proc. für angemessen, da die Verletzung die rechte Hand beinahe gänzlich unbrauchbar gemacht habe. — In dem letzten Falle wurde eine Klage der Witwe Fohrt aus Heubude verhandelt, deren Ehemann am 10. April 1886 im Betriebe des Holzkapitäns Herrn C. Zebrowski in dem Zustande vollständiger Trunkenheit verunglückt war. Erst nach 2½ Jahren hatte die Witwe eine Rente verlangt. Die Genossenschaft hatte jedoch dieses Verlangen zurückgewiesen, da der Anspruch nach Verlauf von 2 Jahren verjährte. Die Witwe gab in der Verhandlung an, sie habe den Unfall und ihre Ansprüche bei dem Amtsdorfseher in Arakau rechtzeitig angemeldet. Das Schiedsgericht beschloß, die Akten des Amtsdorfsehers einzuordern, und vertagte die Angelegenheit.

* [Ueberfallen.] Am 11. Dezember, Abends, erschien in dem Weichselbrücken Raiffeisenhaus an der großen Allee ein Grenadier vom Regiment Nr. 5 und gab an, von drei unbekannten Männern überfallen und mit Messern verletzt worden zu sein. Hr. W. schaffte den Verwundeten mittels Wagens nach dem Garnison-lazareth.

Polizeibericht vom 13. Debr.

Verhaftet: 1 Arbeiter

2 Jungen wegen Diebstahls, 7 Obdachlose, 1 Bettler

